

mehr als ökonomischer Kitt für das Angebotscredo der EU. Die kritische Hinterfragung dieses Aspektes bleibt das Buch leider schuldig; sie ist in dem analytischen Modell der Autorin auch nicht explizit angelegt.

Schwarzers Analyse liest sich wie ein Buch der zwei Geschwindigkeiten: Hat man sich erst einmal durch den anspruchsvollen theoretischen Teil gekämpft und sich mit ihrem komplexen Institutionenbegriff vertraut gemacht, folgt die Belohnung in Gestalt eines spannenden und überaus informativen Teils über die Wiederherstellung des Rechts der EU-Kommission, in Richtung ungezogener Mitgliedsstaaten zu »bellen und zu beißen«.

*Christian Kellermann,  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin*

## **Die Beziehungen zwischen Europa und Afrika sind politischer geworden**

### **GISELA MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET et al.: Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Neue Ansätze und Perspektiven.**

Opladen & Farmington Hills 2007

Verlag Barbara Budrich, 320 S.

**D**ie europäische Afrikapolitik hat sich seit ihrer Entstehung in den 50er Jahren deutlich gewandelt. Vor allem ist sie seit Gründung der Europäischen Union und der Etablierung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 1993 im engeren Sinne politisch geworden. Das heißt, nachdem sehr lange eher souveränitätsferne Fragen der Handels- und Entwicklungspolitik die Beziehungen zwischen Brüssel und den südlich der Sahara gelegenen ehemaligen Kolonien einiger weniger EWG- bzw. EG-Mitgliedsstaaten geprägt hatten, gelangen seit rund 15 Jahren verstärkt außen- und sicherheitspolitische Aspekte auf die Agenda. Länder wie Deutschland, deren Afrikapolitik im Vergleich mit Frankreich oder Großbritannien als traditionell farblos bezeichnet werden muss, stehen damit vor neuen Herausforderungen und Rechtfertigungszwängen gegenüber einer an ihrem südlichen Nachbarkontinent wenig interessierten Öffentlichkeit. Besonders deutlich trat diese Problematik zuletzt im Frühjahr 2006 hervor, als die Modalitäten eines europäischen Militäreinsatzes zur Absicherung der ersten demokratischen Wahlen in Kongo-Kinshasa ausgehandelt wurden. Bahnt sich hier durch die Hintertür des Multilateralismus eine »Politisierung« bzw. »Normalisierung« (vgl. Siegmars Schmidt, S. 117) der Afrikapolitiken von EU-Ländern an, die zuvor jahrzehntlang wenig Interesse an der Region zeigten?

Um diese Frage klären zu können, ist es für die Politikwissenschaft höchste Zeit geworden, sich eingehender mit den Aktivitäten der EU südlich der Sahara

zu befassen. Die Würzburger Professorin Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, eine profunde Kennerin der französischen Außenpolitik sowie der europäischen Integration, hat genau dies seit 2003 getan. Zusammen mit ihren Mitarbeitern und dem profilierten Afrikaforscher Siegmar Schmidt (Universität Koblenz-Landau) legte sie kürzlich die Ergebnisse dieser Arbeit in Form eines Sammelbands vor. Die darin enthaltenen sieben Einzelbeiträge lassen sich in zwei Gruppen unterteilen. Zum einen geht es um die Analyse der Afrikapolitik auf europäischer Ebene, zum anderen um die Rollen der drei großen EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien. (Philipp Giegs Aufsatz über die Afrikapolitik der USA ist durchaus interessant, passt aber nicht unbedingt zum Konzept des Buches.)

Zunächst rekapituliert Ulrike Keßler die 40-jährige Geschichte der europäischen Afrikapolitik. Diese nahm mit der Assoziierung 18 französischer und belgischer Kolonien mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1958 ihren bescheidenen Anfang. 1975, als die Entkolonialisierung in Afrika gerade ihren Abschluss fand und die Entwicklungsländer selbstbewusst eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung forderten, erhielt die europäisch-afrikanische Zusammenarbeit im Vertrag von Lomé eine neue Grundlage. Einseitig gewährte Handelsvorteile und verstärkte Entwicklungszusammenarbeit konnten die ökonomische Marginalisierung Afrikas in den folgenden 30 Jahren jedoch nicht aufhalten, sondern wurden eher Teil des Problems, weil sie z. B. die Diversifizierung behinderten und der Rentenorientierung korrupter Eliten entgegenkamen. Die politökonomischen Hintergründe für diesen Misserfolg streift die Autorin jedoch nur. Dafür illustriert ihr Beitrag unter dem Stichwort Konditionalisierung, dass auch jenseits der GASP von einer Politisierung der EU-Afrikapolitik gesprochen werden kann, wenngleich sie nicht analysiert, inwieweit die bei der Revision des Lomé-Vertrags 1995 geschaffenen und 2000 im Vertrag von Cotonou gestärkten Rechtsgrundlagen zur eventuellen Aussetzung der Zusammenarbeit auch effizient und einheitlich angewendet werden. Zusätzlich stellt Keßler relativ ausführlich die EU-Mittelmeerpartnerschaft vor und trägt damit der Tatsache Rechnung, dass Brüssel für Nordafrika einen eigenen institutionellen Kooperationsrahmen geschaffen hat. Konsequenterweise hätte sie dann aber ebenso die Sonderbeziehungen mit dem Schwellenland Südafrika betrachten müssen.

Siegmar Schmidt widmet seinen Aufsatz der EU-Sicherheitspolitik gegenüber Afrika und macht dabei deutlich, dass die Europäer einen zweigleisigen Ansatz verfolgen. Zum einen setzen sie darauf, die Afrikaner selbst zur Lösung ihrer Probleme zu befähigen. Hierfür steht vor allem die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus bei der 2001 ins Leben gerufenen Afrikanischen Union (AU) sowie verschiedenen Regionalorganisationen auf dem Kontinent. Zum anderen behalten sich die EU und ihre Mitglieder eigene diplomatische Aktivitäten sowie punktuelle militärische Eingriffe vor. Hierfür stehen insbesondere die beiden Kongomissionen Artemis (2003) und EUFOR RD Congo (2006). Da der EU im Zusammenhang mit diesen Einsätzen vorgeworfen wurde, über kein echtes, langfristig ausgerich-

tetes und kohärentes Afrikakonzept zu verfügen, ist es Schmidt besonders zugutezuhalten, dass er sich ausführlich mit der sogenannten EU-Afrikastrategie und ihrer Entstehung befasst. Gemeint sind damit umfänglich wie inhaltlich eher unbefriedigende Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2005, die den Weg zu einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der AU ebnen sollten. Streng genommen, so räumt der Autor ein, handelt es sich eigentlich um gar keine Strategie, sondern lediglich um eine Art politische Absichtserklärung. Vor allem fehlen konkrete Aussagen zu einzelnen Ländern oder Regionen, Prioritätensetzungen und überprüfbare Zweck-Mittel-Kalkulationen. Da das Papier aber den Paradigmenwechsel von der quasi unpolitischen Hilfe zu einer aktiven Stabilisierungs- und Demokratisierungspolitik reflektiert, lässt der Autor dennoch Milde walten (vgl. S. 117f.).

Der Frage, inwieweit die EU als komplexes politisches Gebilde eigener Art bezüglich einer kohärenten Afrikapolitik überhaupt Akteursqualitäten besitzt, geht Corina Schukraft nach. Mit großer Detailkenntnis beschreibt sie die institutionellen Reformen in der Kommission und den Kapazitätsaufbau im Rat, erläutert die Instrumente im Bereich Konfliktprävention bzw. Krisenmanagement und legt dar, mit Hilfe welcher Mechanismen die Brüsseler Afrikapolitik finanziert wird. Mitunter wirft ihre Orientierung an formellen und die Vernachlässigung informeller Institutionen jedoch Fragen auf. Wer bestimmt beispielsweise die afrikapolitische Agenda der EU? Ist der Rat wirklich Impulsgeber oder dominiert de facto die Kommission? Was bedeutet es eigentlich für den Modus der Entscheidungsfindung, wenn das Parlament als »begehrter Dialogpartner« (S. 143) interveniert? Et cetera.

Im letzten Drittel des Werks rückt die einzelstaatliche Perspektive in den Vordergrund. Die entsprechenden Aufsätze stützen sich im Wesentlichen auf Sekundärliteratur. (Warum zitiert Corina Schukraft nur jeweils ein einziges Mal auf Akten des Auswärtigen Amts bzw. des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR?) Gemeinsam ist den Aufsätzen außerdem, dass sie weniger den konkreten Anteil einzelner EU-Länder an der gemeinsamen EU-Afrikapolitik herausarbeiten. Hierzu hätte es wahrscheinlich eines aufwändigen Quellenstudiums bedurft, das aufgrund der gesetzlichen Sperrfristen derzeit kaum zu leisten ist und wohl künftigen Forschungen überlassen bleiben muss. Somit finden überwiegend die bilateralen Afrikapolitiken Deutschlands (Corina Schukraft), Frankreichs (Gisela Müller-Brandeck-Bocquet) und Großbritanniens (Dies./Philipp Gieg) Beachtung. Kenner derselben erfahren bei der Lektüre der drei Beiträge folglich wenig Neues. Um sich rasch einen Überblick und eine Vergleichsgrundlage zu verschaffen, sind die Aufsätze jedoch gut geeignet; bislang mussten Interessierte dazu auf hierzulande schwer zugängliche und überbeuerte englischsprachige Sammelbände zurückgreifen.

Dem Leser wird, wenngleich er kein vergleichendes Resümee präsentiert bekommt, schnell klar, dass es auf mitgliedstaatlicher Seite London und vor allem

Paris sind, die ein starkes Interesse an einer Europäisierung ihrer Afrikapolitiken hegen, zumindest solange sie die Brüsseler Afrikaagenda maßgeblich mitzubestimmen vermögen. Insbesondere Frankreich, dessen massive Präsenz südlich der Sahara in der Vergangenheit meist sehr kritisch beurteilt wurde, dürfte weiterhin versuchen, auf diesem Wege Kosten auszulagern und gleichzeitig an Legitimität zu gewinnen. Die Bundesrepublik steht damit durchaus vor einem Dilemma. Einerseits sind ihre unmittelbaren Eigeninteressen in der Region äußerst begrenzt. (Das deutsch-belgische Handelsvolumen war im Jahr 2005 z. B. dreimal größer als das deutsch-afrikanische.) Andererseits hat Berlin mit seiner traditionell integrationsfreundlichen Haltung maßgeblich zur Schaffung der institutionellen Voraussetzungen einer proaktiven, multidimensionalen europäischen Außenpolitik im Allgemeinen beigetragen. Die Bundesregierung braucht sich daher nicht zu wundern, wenn andere Akteure diese Strukturen jetzt auch südlich der Sahara im Besonderen nutzen wollen.

Insgesamt ist es Gisela Müller-Brandeck-Bocquet und Kollegen gelungen, eine profunde Einführung in die EU-Afrikapolitik vorzulegen, die Praktikern und Studenten geradezu als Nachschlagewerk dienen kann. Das Buch bietet dem interessierten Leser darüber hinaus eine Fülle von Anschlussmöglichkeiten für eigene Forschungen. Denn so wie es in dem vorliegenden Sammelband bisher aufbereitet ist, verlangt das Thema förmlich nach einer konsequenten Theoretisierung, einer stärkeren Anwendung der vergleichenden Methode im mitgliedstaatlichen Bereich sowie hier und da einer vertieften empirischen Unterfütterung mancher Thesen. Einer eventuellen Zweitaufgabe sollte außerdem unbedingt ein Abkürzungsverzeichnis beigefügt werden, um die Benutzerfreundlichkeit zu erhöhen.

Axel Biallas,  
Leipzig

## DANIEL H. NEXON / IVER B. NEUMANN (Eds):

### **Harry Potter and International Relations**

Lanham 2006

Rowman & Littlefield Publishers, 245 pp.

**T**he study of popular culture is slowly gaining ground within the discipline of International Relations. Not only are more and more teachers discovering movies, music, and so on, as educational tools,<sup>1</sup> but ever more researchers are system-

---

1. Tierney, Michael J.: »Schoolhouse Rock: Pedagogy, Politics, and Pop,« in: *International Studies Perspectives*, 8 (2007), pp. iii–v; Weber, Cynthia: »The Highs and Lows of Teaching IR Theory: Using Popular Films for Thoretical Critique,« in: *International Studies Perspectives*, 2 (2001), pp. 281–287.